Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische

Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 178 (2012)

Heft: 3

Vereinsnachrichten: SOG Vorstand

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 19.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch



Samstag, 17. März 2012

10.00 bis 15.00 Uhr

Regierungsgebäude (Kantonsratssaal)

Luzern



Delegiertenversammlung

Programm

ab 09.15 Abgabe der Stimmkarten

Begrüssungskaffee, offeriert von der Stadt Luzern Musikalische Begleitung: Brassensemble Militärspiel Heer Ost

10.00 Eröffnung: Oberst i Gst Hans Schatzmann, Präsident SOG

Grussadressen: Regierungspräsidentin Yvonne Schärli, Vorsteherin Justiz- und Sicherheitsdepartement des Kantons Luzern KKdt André Blattmann, Chef der Armee

Traktanden:

- 1. Wahl der Stimmenzähler
- 2. Protokoll der Delegiertenversammlung vom 12. März 2011
- 3. Jahresbericht 2011
- 4. Jahresrechnung 2011
 - 4.1. Jahresrechnung SOG 2011; Revisorenbericht 2011; Décharge
 - 4.2. Jahresrechnung ASMZ 2011; Revisorenbericht 2011; Décharge
- 5. SOG 2013
 - 5.1. Ausbau des Sekretariats
 - 5.2. Errichtung einer Stiftung
 - 5.3. Statutenänderung (Art. 15 Abs. 2)
- 6. Wahlen
 - 6.1. Präsident
 - 6.2. Vorstand
 - 6.3. Revisoren
- 7. Budget 2012
 - 7.1. Budget 2012; Festlegung Mitgliederbeitrag
 - 7.2. Budget ASMZ 2012
- 8. Verabschiedungen
- 9. Varia

Referat: «Gedanken zur Zukunft der Milizarmee» Bundesrat Ueli Maurer, Chef VBS

- 12.30 Apéro, offeriert vom Kanton Luzern
- 13.15 Mittagessen, Hotel Schweizerhof (für Angemeldete)
- 15.00 Ende der Tagung

Die Präsidenten der kantonalen Offiziersgesellschaften und der Fachoffiziersgesellschaften erhalten für sich und die statutarisch festgelegte Anzahl Delegierte persönliche Einladungen. Auskünfte erteilt das Sekretariat der SOG, Telefon 044 350 49 94, E-Mail office@sog.ch

Finanzierbare Armee

Die Diskussion um die Finanzierung der Armee und den Kauf neuer Kampfflugzeuge ist in eine neue Phase getreten. Selbst der Bundesrat versucht, die Parlamentsbeschlüsse vom letzten Herbst zu sabotieren.

Wir erinnern uns: am 29. September 2011 beauftragte das Bundesparlament den Bundesrat mit der Ausarbeitung einer Vorlage zur Weiterentwicklung der Armee.

Bundesbeschluss vom 29. September 2011

Massgebliche Eckwerte für diese Vorlage sind ein Armeebestand von 100000 Militärdienstpflichtigen und ein Ausgabenplafond von jährlich fünf Milliarden Franken ab 2014.

Für die Befürworter einer leistungsfähigen Milizarmee war der Bundesbeschluss vom 29. September 2011 Grund zur Hoffnung. Damit lehnte das Parlament nicht nur erstmals eine armeepolitische Vorlage des Bundesrates ab, sondern stoppte auch den jahrzehntelangen Trend zum selbstzerstörerischen Abbau im Bereich der kollektiven Sicherheit.

Konsolidierungs- und Armeefinanzierungsprogramm 2014–2016 (KAP 14/16)

Der Gesamtbundesrat ist offensichtlich nicht bereit, die «Niederlage» vom letzten Herbst zu akzeptieren. Zu diesem Zweck hat er am 1. Februar 2012 eine «finanzpolitische Standortbestimmung» vorgenommen und für die Jahre 2014–2016 ein «Konsolidierungs- und Armeefinanzierungsprogramm (KAP)» im Umfang von 800 Millionen Franken vorbereitet.

Der Grundtenor dieses Programms besteht darin, dass sich der vorgesehene Ausgabenplafond für die Armee nur finanzieren lasse, wenn in andern Departementen 800 Millionen Franken eingespart werden. Konkret soll dieses Geld nach der Idee des Bundesrates vor allem bei der Bildung und Forschung (325 Millionen Franken) und beim öffentlichen Verkehr und der Umwelt (295 Millionen Franken) eingespart werden. Damit spielt der Bundesrat gezielt verschiedene Aufgaben gegeneinander aus. Mehr Armee heisst nach Ansicht des Bundesrates weniger Bildung und weniger Umweltschutz.

Kein Wunder, dass diese Vorlage von den Medien dankbar aufgenommen wurde.

Die Armee als finanzpolitischer Steinbruch

Dieses Vorgehen des Bundesrates blendet die finanzpolitischen Realitäten völlig aus.

Fakt ist, dass in den letzten zwanzig Jahren ausser dem VBS kein einziges Departement Einsparungen erzielt hat. Während andere Bereiche finanziell regelrecht explodierten, sparte die Armee Jahr für Jahr. Im Jahre 1980 betrug der Anteil der Verteidigungsausgaben am Bundeshaushalt 20,3 Prozent, im Jahre 2010 waren es noch 7,4 Prozent. Die Konsequenzen dieser Einsparungen tragen die Armeeangehörigen: zu wenig Ausrüstung, überaltertes Material, verlotterte Immobilien.

Die Politik in der Pflicht

Es grenzt an Demagogie, wenn der Bundesrat behauptet, die moderate Erhöhung des Verteidigungsausgabenplafonds bedinge Einsparungen an andern Orten. Bei einem Bundesbudget von rund 64 Milliarden Franken machen 800 Millionen Franken gerade einmal 1,2 Prozent aus und liegen damit im budgetären Streubereich.

Der Bundesrat wird voraussichtlich Ende Juni 2012 die Vernehmlassung zum Konsolidierungs- und Armeefinanzierungsprogramm 2014–2016 eröffnen. Die Schweizerische Offiziersgesellschaft erwartet, dass die Wirtschaftsverbände und die bürgerlichen Parteien und Parlamentarier dieses Spiel des Bundesrates durchschauen und sich ohne Wenn und Aber hinter die Beschlüsse vom 29. September 2011 und damit hinter die Milizarmee stellen. Alles andere wäre ein Betrug an der Armee und damit an der Sicherheit unseres Landes.

Oberst i Gst Hans Schatzmann Präsident SOG, Kdt Stv Inf Br 5

Das bewegt die SOG

Wehret den Anfängen!

Einen Schritt in die falsche Richtung macht der Bundes-



rat in seinem Bericht zur «Strategie Bevölkerungsschutz und Zivilschutz 2015+» mit dem Vorschlag, auch militärdiensttaugliche Personen in den Zivilschutz einzuteilen. Damit stösst er quasi die Tür zur allgemeinen Dienstpflicht auf. Es ist unzulässig, im Vorfeld der Auseinandersetzung um die allgemeine Wehrpflicht die bisherige Regelung mit solchen Vorschlägen zu unterminieren. Die Initiative der GSoA gefährdet auch das System Bevölkerungsschutz. Sie ist diskussionslos und ohne jegliche Alternative abzulehnen.

Im Rahmen der Sicherheitspolitik erfüllt die Armee mit der Landesverteidigung die schwierigste Aufgabe. Ihr stehen deshalb prioritär die geeigneten personellen Ressourcen zu. Eine Konkurrenz des Zivilschutzes, der möglicherweise kürzeren, bequemeren Dienst und weniger gefährliche Einsätze verheisst, muss ausgeschlossen bleiben.

Sorgenvoll beobachtet die SOG die Tendenz, der Armee laufend Mittel zu entziehen. Seit Jahren wird ihr Budget als finanzieller Steinbruch missbraucht. Mit der «Weiterentwicklung» wird der Armeebestand halbiert, und nun sollen also auch Militärdiensttaugliche im Zivilschutz eingesetzt werden. Zudem erwägt man, den Zivilschutz mit schwerem Material auszurüsten, ohne damit die Einsatzmittel der Armee zu duplizieren. Was heisst das konkret? Dass man die Mittel von Genie- und Rettungsverbänden reduziert? Das hätte gerade noch gefehlt!

Die Schweiz pflegt mit ihren sicherheitspolitischen Instrumenten ein wohl austariertes System. Es ist sicher sinnvoll,
die Abgrenzung der Verantwortlichkeiten zwischen dem Bund und den Kantonen im Rahmen des Bevölkerungsschutzes zu klären. Die bisherige Personalteilung zwischen Armee und Zivilschutz
hat sich jedoch bewährt, daran ist nicht
zu rütteln. Die SOG hat dies in ihrer Vernehmlassung zum Strategiebericht unmissverständlich dargelegt.

Ihr Präsident Oberst i Gst Hans Schatzmann